

Reha braucht mehr



Hohe Belastung, oft schlechte Bezahlung – Bedingungen in der Rehabilitation müssen sich verbessern

Für Beschäftigte in Reha-Kliniken ist das zentrale Ergebnis einer aktuellen Studie im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung nicht überraschend: Ihre Arbeitsbelastung hat sich in den vergangenen Jahren massiv erhöht. Zwar ist die Zahl der Patient*innen in der Rehabilitation ebenso wie die der Vollzeitstellen in etwa gleichgeblieben. Doch die Patient*innen sind deutlich pflege- und therapiebedürftiger als früher. Das liegt auch daran, dass sie von den Akutkliniken immer schneller entlassen werden – eine Folge des Finanzierungssystems über Fallpauschalen. 88 Prozent der befragten Pflegekräfte in Reha-Kliniken berichten, dass sich ihre Arbeit verdichtet hat. Das sagt auch die überwältigende Mehrheit der Therapeut*innen und Servicekräfte.

Der zentrale Grund: Es fehlt in den Einrichtungen an Personal. 90 Prozent der Pflegekräfte geben an, dass zu wenige examinierte Kolleginnen und Kollegen da sind. Fast ebenso viele berichten davon, dass Fachkräfte abwandern.

Eine wichtige Erklärung dafür: die vielerorts unzureichende Bezahlung. Laut Studie halten lediglich 13 Prozent der Pflegekräfte in Reha-Kliniken ihr Gehalt für angemessen. Unter den Physio- und Ergotherapeut*innen sind es neun, bei den Servicekräften sogar nur sechs Prozent.

Dagegen helfen gute Tarifverträge. Doch während sich Bezahlung und Arbeitsbedingungen in den öffentlichen Einrichtungen in der Regel nach dem Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst richten, haben die meisten kommerziellen Träger einen schlechteren Haustarifvertrag oder sind überhaupt nicht tarifgebunden.

Diese Klinikbetreiber machen Gewinne auf Kosten von Beschäftigten und Patient*innen. Die Profiteure sind oft große Konzerne im Besitz von Finanzinvestoren. Aufgrund ihrer Marktmacht können sie bei den Kostenträgern im Einzelfall höhere Tagessätze durchsetzen. Durch Lohndumping, Rationalisierung und »Synergieeffekte« erhöhen sie ihre Gewinnmargen, während etliche kleinere Kliniken um ihre Existenz fürchten.

Gewisse kommerzielle Träger versuchen, gute Tarifverträge mit Einschüchterung und unrechtmäßigen Methoden zu verhindern. So geschehen bei Celenus im thüringischen Bad Langensalza und beim größten Reha-Betreiber Median. Doch die Betroffenen wehrten sich erfolgreich. In Bad Langensalza haben sie nach monate-



ver.di, Astrid Sauerermann

Dagmar Heidtke, Krankenschwester und Betriebsratsvorsitzende an der Median-Klinik Odenwald

»Seit ich vor 20 Jahren hier angefangen habe, wurde das Personal nicht aufgestockt, dabei ist die Versorgung der Patienten spürbar arbeitsintensiver geworden. Wir haben Schwierigkeiten, Stellen zu besetzen. Das liegt vor allem an der unzureichenden Bezahlung. Es muss sich dringend etwas ändern, damit die Klinik eine Zukunft hat. Denn in den nächsten Jahren gehen rund 40 Prozent der Kolleginnen und Kollegen in Rente. Wer sorgt dann dafür, dass die Menschen wieder auf die Beine kommen?«

**Gesundheit, Soziale Dienste,
Wohlfahrt und Kirchen**



langen Auseinandersetzungen letztlich doch Tarifregelungen durchgesetzt und bei Median West hat ver.di eine Entgelterhöhung erreicht. Auch an den Asklepios Schildautalkliniken im niedersächsischen Seesen lassen sich die Beschäftigten durch Drohungen nicht einschüchtern und kämpfen weiter für einen Tarifvertrag auf dem Niveau des öffentlichen Dienstes.

Erreicht haben das bereits die Kolleg*innen der Kliniken Schmieder und der Schussental-Klinik in Baden-Württemberg, wo nach den jüngsten Tarifabschlüssen nach dem kommunalen bzw. Länder-Tarifvertrag bezahlt wird.

Erfolge, die zeigen: Auch in Reha-Kliniken können Beschäftigte ihre Interessen mit ihrer Gewerkschaft ver.di erfolgreich durchsetzen.

Doch auch die politischen Rahmenbedingungen müssen sich ändern. Der Gesetzgeber muss festlegen, dass Einrichtungen, die sich aus Sozialversicherungsbeiträgen finanzieren, die einschlägigen Tarifverträge anwenden müssen. Tarifierhöhungen und zusätzliche Stellen gehören auch in der Rehabilitation vollständig refinanziert – wie es in Akutkliniken für die Pflege beschlossen wurde. **Die Personalausstattung muss sich nach dem Versorgungsbedarf richten und verbindlich festgeschrieben werden.**



privat

Petra Bierlein, Physiotherapeutin und Betriebsrätin bei saludis, der Reha-Tochtergesellschaft der städtischen Sozialstiftung Bamberg

»Wir haben uns jetzt auf den Weg gemacht, einen Haustarifvertrag durchzusetzen. Denn in unserer tariflosen Einrichtung erhalten Kolleginnen für die gleiche Tätigkeit zum Teil mehrere hundert Euro weniger im Monat als andere, für die noch der Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst gilt. Das schafft Unfrieden und macht die Leute sauer. Die Zahl der ver.di-Mitglieder hat sich seit Jahresbeginn mehr als verdoppelt. Wegen des Personalmangels mussten schon zwei Stationen vorübergehend geschlossen werden. Ohnehin ist es so, dass man zwischen den Anwendungen kaum Luft holen oder auf Toilette gehen kann. Das geht so nicht weiter.«

Die Hoffotografen



Sylvia Bühler, ver.di-Bundesvorstandsmitglied und Leiterin des Fachbereichs Gesundheit, Soziale Dienste, Wohlfahrt und Kirchen

»ver.di weiß, wo der Schuh drückt: bei den Arbeitsbedingungen und bei der Bezahlung. Das Arbeitsfeld Rehabilitation muss deutlich attraktiver werden. Wir brauchen bedarfsgerechte Personalvorgaben und deren vollständige Refinanzierung. Die Kostenträger müssen die Tarifbindung bei der Belegung berücksichtigen. Sehr bedenklich ist, welche Rolle große kommerzielle Unternehmen und Finanzinvestoren in der Rehabilitation spielen. Sie schöpfen satte Gewinne ab und entziehen dem Gesundheitswesen Geld. Unterdessen stehen vor allem kleinere Kliniken wirtschaftlich unter Druck. Die Politik muss dafür sorgen, dass die Sozialversicherungsbeiträge in gute Qualität und nicht in Profite fließen.«

Diese Verbesserungen sind im öffentlichen Interesse.

Denn eine funktionierende Rehabilitation verbessert die Lebensqualität vieler Menschen. Das ist für uns entscheidend. Hinzu kommt: Wenn sie früher arbeitsfähig oder später pflegebedürftig werden, spart das am Ende auch Geld. Die Stärkung der Reha ist daher eine gesellschaftliche Aufgabe.

Deshalb gilt es: jetzt handeln!

Was Gewinnstreben kommerzieller Unternehmen in Kombination mit staatlicher Untätigkeit in der Rehabilitation anrichten können, zeigt das Beispiel der Eifelhöhenklinik in Nordrhein-Westfalen. 1991 ging diese als erste deutsche Reha-Klinik an die Börse. Zum 31. Oktober 2019 hat die Bezirksregierung ihre Schließung veranlasst – wegen durch Personalmangel verursachter Hygienemängel. Jahrelang hatten die Betreiber notwendige Investitionen unterlassen und die Klinik heruntergewirtschaftet. Auf die dadurch entstandenen Qualitätsprobleme haben die Beschäftigten und ihre Gewerkschaft ver.di immer wieder auch öffentlich hingewiesen. Doch die Gewerbeaufsicht und das Gesundheitsamt des Kreises Euskirchen griffen nicht ein. Jetzt sind die Arbeitsplätze von etwa 300 Beschäftigten bedroht. Das Unternehmen hat Insolvenzantrag gestellt. Ob die Klinik dennoch fortgeführt werden kann, stand zu Redaktionsschluss noch nicht fest.